

**Gerhard Stranz**

Beitrag zur

**Demonstration in Düsseldorf am 5.5.2007**

des Stadtelterrates und des Aktionsbündnisses der Elterninitiativen

## **„ Keine faulen Kompromisse bei der Kleinkindbetreuung“**

Ich danke allen Beteiligten des Veranstalterbündnisses, dass diese heutige Demonstration zustande gekommen ist. Ich danke auch allen, die diese Veranstaltung unterstützten haben. Ich danke Ihnen, dass Sie mit Ihrer Beteiligung einen Wind in Gang setzen, der bis zum Landesparteitag der CDU in Siegburg weht und hoffentlich auch entsprechende mediale Wellen schlägt.

Dies ist jetzt für die Kinder und Familien in NRW dringend notwendig.

Wir müssen heute tätig sein, denn was jetzt beraten wird, hat Bedeutung für die Zukunft der Kinder.

Wer meint, es wird ja nicht so schlimm werden, der übersieht, dass es heute schon für Kinder ungünstige Bedingungen gibt und weitere Verschlechterungen die Folge der vorgesehenen Regelungen sein werden.

Als Mitarbeiter der Waldorfkindergartenvereinigung und Beteiligter des seit über 10 Jahren bestehenden Forums Förderung von Kindern unterstütze ich die Bemühungen, Verbesserungen für Kinder und Familien zu reklamieren. Im Forum sind landesweit tätige Organisationen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe sowie der Gewerkschaften zusammengeschlossen, die den Bedarf des Kindes in den Mittelpunkt stellen. Beteiligt sind u.a. die GEW, ver.di, kombi, vbe, DKSB, VAMV, VBM, der Paritätische, die LAG der Familienverbände, wie der Zentralverband der Beschäftigten in kath. Einrichtungen, von dem ich sie ausdrücklich grüße.

Damit Sie wissen, wann mein Beitrag zu Ende ist, sage ich Ihnen die letzten Worte:

**“... größere Eier erwartet werden.“**

Es ist gut, dass wir heute für diese Veranstaltung so „schönes“ Wetter haben. Dies macht unser Treffen leichter.

Dies entspricht aber nicht dem tatsächlichen Klima in NRW:

Die neue Regierungskoalition wütet im Moment wie **Kyrill** und fällt Bäume, rodet ganze Wälder, die für eine nachhaltige Politik für Menschen in NRW, dem Garten für Kinder und Familien, gebraucht werden.

Es hat sich gezeigt, dass z.B. das Versprechen der Landesregierung, das Jahr 2006 sei das Jahr der Kinder, ein „Versprecher“ war und eher dazu diente, die Scheinwerfer in dem gerodeten Wald auf ein **Bonsai-Bäumchen** zu richten, dem das Gütesiegel „Blühende Landschaft NRW“ verliehen wurde.

Ein solches Bonsai-Bäumchen sind z.B. die „Familienzentren“.

Vor 2 Tagen und 1 Jahr, nämlich am 3.5.2006, fand drüben vor dem Landtag auch eine Demonstration statt, in deren Rahmen 210.000 Stimmen von Bürgerinnen und Bürgern aus der Volksinitiative NRW 2006 an die Landtagspräsidentin übergeben wurden.

Die Forderungen waren:

- keine Kürzungen bei Kindergärten, Beratungsstellen, Familienbildungsstätten, Frauenhäusern, Familienverbänden, Familienselbsthilfeorganisationen, allen Feldern der Jugendarbeit und der Weiterbildung
- keine Verlagerung von finanziellen Lasten auf die Eltern und Kommunen!

**Diese Forderungen müssen wir heute wiederholen.**

Diese Forderung wird die Landesregierung im ganzen Land tausendfach zu hören bekommen!

Dies ist leider notwendig!

Scheinbar hat sich in dieser Landesregierung bereits nach 2 Jahren Regierung eine chronische Krankheit ausgebreitet, deren Erscheinungsformen sind:

- Erinnerungslücken
- Wahrnehmungsstörungen
- Gesichtsfeldeinschränkungen und – was für einen Arzt schlimm ist:
- Therapiemüdigkeit (Beratungsresistenz)

Diese Krankheitsbilder werden u.a. daran deutlich:

1. Vor der Wahl wurde versprochen und dann sogar im Koalitionsvertrag festgelegt:

- **Es wird kein Sparen** bei der frühkindlichen Bildung und Betreuung der Kinder geben.
- Unsere Priorität liegt zunächst in der **Verbesserung** der Rahmenbedingungen für Kindertageseinrichtungen.
- Die finanziellen Rahmenbedingungen sollen verbessert werden, damit sich die Arbeits- und **Förderbedingungen** wieder am **Wohl** der **Kinder** orientieren können.
- Die zurückgehende Kinderzahlen sollen nicht für Einsparungen nutzen. Frei werdende Kapazitäten sollen zur **Reduzierung** der **Gruppenstärke** verwendet werden.
- Das pädagogische Fachpersonal soll zukünftig ausreichend Zeit für **Vor- und Nachbereitung** haben.
- Und: Ein **vereinfachtes** und **gerechteres Finanzierungssystem** soll im **Dialog** mit Verbänden, Trägern, **Beschäftigten und Eltern** entwickelt werden.

2. **Bei der ersten Gelegenheit, wo die neue Regierung diese Versprechungen umsetzen konnten, nämlich bei der Aufstellung des Landeshaushaltes 2006,**

erfolgten jedoch im Bereich der Förderung von Kindern, Jugendlichen und Familien zusätzliche Kürzungen im Umfang von rd. 194 Mio. €.

Da begann Kyrill mit seinem zerstörerischen Werk und fraß die Infrastruktur weiter auf. Mit der Kommunalisierung der Elternbeitragsregelung und dem Ausstieg aus dem Ausgleichssystem wurde durch die Landesregierung die Erhöhung der Elternbeiträge in Nothaushaltsgemeinden faktisch „erzwungen“ und damit die Ungleichheit von Bildungschancen, die von der kommunalen Haushaltslage abhängig wurden, zum System.

**Es begann eine systematische Kindeswohlgefährdung, die wir nicht hinnehmen!**

3. **Die Wahrnehmungsverzerrung wurde 2006 durch die Behauptung des Generationenministers deutlich:**

**“Noch nie ist in einem Haushalt eine solche Steigerung für Kinder und Jugendliche beschlossen worden wie in diesem Jahr des Kindes. Und das werde im Jahr 2007 noch einmal verstärkt.“**

**(Minister Laschet, Landtag intern 9/2006, Seite 5)**

**Wir haben genug von den Kürzungen!**

**Oder die neuste Variante:**

Mit dem Aktionsplan „Frühe Förderung“ hat der Landtag im Landeshaushalt 2007 - 23 Mio. € für die pädagogische Arbeit für Kinder und Eltern bereitgestellt. Nun hat das Ministerium aber mit Erlass geregelt, dass von diesem Geld bis zu 10 Mio. € ausschließlich für finanziell in Not geratene Einrichtungen der Kirchen zur Verfügung gestellt werden sollen.

**Wenn schon Trostpflasterprogramme für die großen Kürzungen aufgelegt werden, dann muss das Geld auch unmittelbar den Kindern zugute kommen!**

Wir brauchen keine Schönredereien, wir brauchen für Kinder in NRW bessere Bedingungen, mehr Investitionen in Bildung. Auch die angekündigte Erhöhung, die mit einem neuen Gesetz versprochen werden, ist eher eine schlechte Täuschung.

**Wer nur den Ausgangspunkt für Veränderungen im Jahr 2005 sieht, ist kurzsichtig.**

**Die im Jahr 1990 mit dem GTK geschaffenen Bedingungen waren nicht optimal.** Beispielsweise wurden neben den geringen Verbesserungen bei der personellen Besetzung Gruppenstärkenreduzierungen auf das Jahr zurückgestellt, in dem der Geburtenrückgang einsetzen sollte: 1993. Statt dessen wurden unproblematische Gruppenstärkenüberschreitungen um bis zu 5 Kinder in Kindergartengruppen auf 30 Kinder vorgesehen.

**Im Jahr 1998 erfolgte nach dem Kontrakt für die Zukunft, der den Kirchen eine Entlastung des Trägeranteils sicherte, der Abbau von 13.000 Vollzeitstellen eingeleitet, der zu jährlichen Einsparungen des Landes von 220 Mio. € führte.**

Mit dem Doppelhaushalt 2004/2005 wurden durch Sachkostenkürzungen nochmals rd. 100 Mio. € eingespart. 2006 und 2007 erfolgte dann eine Steigerung der Kürzung, so dass die jährliche Kürzungssumme bei mehr als 300 Mio. liegt.

Wenn mit dem neuen Gesetz eine Erhöhung der Förderung in Aussicht gestellt wird, die nicht die bisherigen Kürzungen kompensiert und zusätzliche Verbesserungen ermöglicht, **dann ist auch diese Ankündigung nur „heiße Luft“.**

Der Regierungsentwurf, der auf dem mit den Verbänden ausgehandelten Konsens basieren soll, würde eine weitere systematische Verschlechterung bewirken. Auf Einzelheiten wird in Beiträgen gleich noch eingegangen.

In den zugrunde liegenden **Grundannahmen** wird von verschlechterten Standards ausgegangen:

Faktisch müsste sich das Kinder – Fachkräfte – Verhältnis verschlechtern, vor allem für Kinder unter 3 Jahren, die nicht nur kleiner und jünger sind, sondern andere Beziehungen benötigen.

Es findet eine **Risikoverlagerung** vom Land auf Eltern, Mitarbeiterinnen, Träger und Kommunen statt. Das Verfahren wird nicht einfacher – höchstens für das Land. Die Mehraufwendungen in der Abwicklung liegen bei anderen.

Das Land entzieht sich seiner Aufgabe für **vergleichbare Lebensverhältnisse in NRW** zu sorgen, wenn es seine Leistungen zukünftig noch stärker nach Kassenlage erbringen will.

Die **Eltern** sollen noch mehr zur Kasse gebeten werden, indem sie auch noch Beiträge zu Sachkosten leisten sollen. Ihnen werden Mitwirkungsmöglichkeiten auch noch entzogen!

**Und:**

**Dieses Gesetzesvorhaben drückt eine bildungspolitische Kehrwendung aus, das den bereits eingetretenen Sturmschaden verstärkt!**

Alleine die vorgesehene Bezeichnung des **Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung** macht deutlich, dass die Landesregierung den umfangreichen **Gesamtauftrag** der Tageseinrichtungen, der untrennbar **Erziehung – Bildung und Betreuung** umfasst, nicht verstanden hat oder sogar: Verändern will.

Die Aufteilung von Förderbereichen würde die Aufgabe der Ganzheitlichkeit des Förderansatzes bedeuten, unzulängliche Aufteilungen vornehmen und damit unterrichtliche Zugänge in den gesamten Elementarbereich des Bildungswesens einführen.

**Ein entsprechender Sturmschaden ist bereits eingetreten:**

Mit dem Schulgesetz ist der **Einschulungszeitpunkt** - wenn auch nur in Schritten - vorgezogen worden.

Zur Einschränkung des durch das Grundgesetz garantierte Erziehungsrecht wurde die **vor-  
gelagerte Schulpflicht** konstruiert und damit der Zwang zur Teilnahme an dem **Sprach-  
standsfeststellungsverfahren** durchgesetzt.

Weitere Regelungen im Hochschulbereich machen ebenso deutlich, dass der Aufwand für die Bildung vermindert, Kinder eher in die Schule rein und schneller wieder raus sollen und die Kosten vom Land auf andere abgewälzt werden sollen.

**Kinder sind kein Humankapital**, dass aus vorrangig dem Blickwinkel der gesellschaftlichen Rendite zu betrachten ist und daher möglichst frühzeitig aus Nutzensgesichtspunkten passend gemacht werden soll.

**Jedes Kind ist ein Individuum**, dass sich gesund entwickeln können muss, natürlich in einer Gesellschaft lebt und für diese Gesellschaft Verantwortung übernehmen können muss. Es ist aber kein Rohstoff, den wir nutzen müssen.  
Kinder brauchen für ihre Entwicklung bessere Bedingungen. Heute!

Es muss jetzt in Kinder tatsächlich und mehr investiert werden.

**Der bisher bekannte Referentenentwurf aber auch das Konsenspapier sind keine ausreichende Grundlage für notwendige Verbesserungen!**

Es ist nicht ausreichend, auf Leuchtturmprojekte hinzuweisen und Ankündigungen zu machen (Ausbau von Angeboten für Kinder unter 3 Jahren, Sprachförderung, Familienzentren), mit denen eine positive Resonanz in Medien zu erreichen ist, bei denen es sich jedoch im Kern nur um **heiße Luft** handelt.

**Es dürfen keine weiteren Kürzungen erfolgen und zusätzliche Leistungen erwartet werden,**  
denn  
**von gerupften Hühnern können nicht mehr und größere Eier erwartet werden.**

**Lassen Sie mich eine Bitte abschließend anfügen.**

Ein Aktionsbündnis hat gestern (4.5.2007) den Aufruf zum Stopp des Sprachstandsfeststellungsverfahrens gestartet. Die erste Stufe des Verfahren hat deutlich gemacht, dass es nicht ausgereift ist. Gerade die Aufforderung des Ministers Laschet, die Angelegenheit mit mehr Gelassenheit anzugehen, halte ich für unverantwortlich:

Warum sollen jetzt 95.000 Kinder und vor allem 33.000 Kinder der zweiten Einzelteststufe unterzogen werden, die an der ersten Stufe nicht teilgenommen haben oder teilnehmen konnten, zumal der Test jetzt z.B. in einem Bereich in 40 Kindergärten wiederholt wird, weil Unsicherheiten bestehen, ob er überhaupt das misst, was er messen sollte?

Der Aufruf liegt aus. Sie erhalten in auch im Internet u.a. auf der Seite der Waldorfkindergartenvereinigung NRW.

Gerhard Stranz

c/o

Internationale Vereinigung der Waldorfkindergärten e.V.

Region NRW

Mergelteichstraße 59 – 44225 Dortmund

Telefon: 0231/9761570 –

Email: [inter.waldorf.nrw@t-online.de](mailto:inter.waldorf.nrw@t-online.de) - [www.waldorfkindergarten-nrw.de](http://www.waldorfkindergarten-nrw.de)